Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl. Belarus, Ukraine, Russland, Litauen und Deutschland in vergleichender und beziehungsgeschichtlicher Perspektive (1986-2006)

Initiative: Grundlagen eines erweitert.Europas (beendet)

Bewilligung: 10.04.2008

Laufzeit: 3 Jahre

Im Mittelpunkt des Vorhabens steht die Frage nach der Bedeutung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl für die Herausbildung und Weiterentwicklung einer Zivilgesellschaft in der belarussischen, ukrainischen, russischen und litauischen Sowjetrepublik bzw. deren Nachfolgestaaten und Deutschland. Dabei soll im Rahmen von sechs Einzelprojekten untersucht werden, wie das Thema Tschernobyl zur Konfliktlinie wurde und aus der Dynamik der verschiedenen Bewegungen heraus instrumentalisiert wurde bzw. welche zivilgesellschaftlichen Handlungsmuster und Formen von Öffentlichkeit sich entwickelten. Durchgeführt werden die Forschungen von Nachwuchswissenschaftlern der Europäischen Humanistischen Universität Vilnius/Minsk, der ukrainischen Nationaluniversität Kiewer-Mohyla Akademie und der LMU München. Koordinatorin des Vorhabens ist Dr. Melanie Arndt.

Projektbeteiligte

Prof. Dr. Martin Sabrow
Zentrum für Zeithistorische
Forschung Potsdam e.V.
Potsdam

Prof. Dr. Thomas Bohn
Universität München
Masterstudiengang Osteuropastudien des
Elitenetzwerks Bayern an den
Universitäten München und Regensburg
München

Es werden die Institutionen genannt, an denen das Vorhaben durchgeführt wurde, und nicht die aktuelle Adresse.